

Wietmarscher SPD ist gegen Massentierhaltung

CDU-Wietmarschen unterstützt industrielle Tierhaltung

Bei der letzten Fraktions- und Vorstandssitzung referierte Fraktionssprecher Hermann Nüsse zum Thema Massentierhaltung in der Gemeinde Wietmarschen. Anlass war der Bau einer neuen Anlage mit Platz für **360.000 Legehennen** an der Pferdebahn im Ortsteil Lohne. Während sich in anderen Gemeinden, vor allen Dingen im Emsland, erhebliche Widerstände entwickeln, scheint die örtliche CDU-Mehrheit im Gemeinderat diese Art der industriellen Tierhaltung immer noch zu unterstützen. Bekanntlich wurde in der letzten Gemeinderatssitzung, gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, einem städtebaulichen Vertrag mit der „Grafschafter Frischei GmbH & Co. KG“ zugestimmt. Inhalt dieses Vertrages ist u.a. der Ausbau einer bestehenden und der Neubau einer neuen öffentlichen Straße zur Erschließung dieser großen Stallanlage.

Damit unterstützt die Wietmarscher CDU sogar aktiv die Massentierhaltung. Ein weiterer Grund, diesen Vertrag abzulehnen, war für die SPD-Fraktion, dass in der Nähe schon größere Hähnchenmastställe vorhanden und noch weitere geplant sind. Zusammen könnten dort dann mehr als eine Mio. Hühner und Hähnchen gehalten werden. Zusätzlich gibt es in der Gemeinde Wietmarschen noch einige zehntausend Putenmastplätze.

Nach Meinung der Wietmarscher SPD ist das insgesamt keine akzeptable Größenordnung mehr, so Ortsvereinsvorsitzender André Olthoff. Im Landkreis Emsland, an der Spitze Landrat Bröring (übrigens CDU-Mitglied), und seinen Gemeinden wird versucht, dem weiteren Ausbau durch Bauleitplanung im Außenbereich oder verschärften Auflagen entgegen zu wirken. Der Landkreises Emsland fordert Keimgutachten und Brandschutzvorsorge. An dieser Stelle sind der Landkreis Grafschaft Bentheim und die Gemeinde Wietmarschen gefordert.

Die Gemeinde Wietmarschen, insbesondere Bürgermeister Eling und „seine“ CDU-Mehrheit setzen dagegen auf freiwillige Vereinbarungen mit der Landwirtschaft, um im Umfeld von Gewerbe- und Wohngebieten keine derartigen Stallanlagen entstehen zu lassen. Dieses verleitet allerdings Investoren dazu, im Außenbereich der Gemeinde Wietmarschen immer mehr Bauanträge für solche großen Stallanlagen zu stellen. Eine Unterstützung in Form von Erschließungsmaßnahmen im Sinne der Investoren, scheint durch die CDU ja gewährleistet.

Nach Auffassung der SPD-Fraktion im Gemeinderat ist es zwar bekannt, dass vor Ort wegen der Privilegierung von landwirtschaftlichen Bauvorhaben im Außenbereich, eine Verhinderung neuer Ställe schwer möglich ist. Solange dieser Privilegierungstatbestand auf Bundesebene nicht geändert wird, sollten nach Ansicht der SPD-Fraktion aber alle Instrumentarien genutzt werden, um diesen ausufernden Bau von Großstallanlagen entgegen zu wirken.

Die SPD-Fraktion im Wietmarscher Gemeinderat fordert daher Bürgermeister Eling und die CDU-Fraktion auf, diesem Beispiel zu folgen und vor allem nicht durch aktive Unterstützung in Form von zugesagten Erschließungsmaßnahmen, die Massentierhaltung sogar noch zu unterstützen.